



Unternehmerversorgung

Besondere Abänderungen im VA

Klaus Weil, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Familienrecht, Marburg
Arndt Voucko-Glockner, Diplom-Volkswirt, Sachverständiger, Karlsruhe

Darmstädter Kreis, Wiesbaden, 10.03.2023

Unternehmerversorgungsanrechte

- Alleingesellschafter (beherrschender GGF); Mehrheitsgesellschafter ($\geq 50\%$); Minderheitsgesellschafter mit Mehrheitsstimmrecht, wenn mit mehreren Gesellschaftern Mehrheitsstimmrecht
 - BGH FamRZ 2020, 89; FamRZ 2019, 1993
- Anrecht unterfallen nicht der Schutzbestimmung des § 17 I S. 2 BetrAVG
- Frage der Unverfallbarkeit nicht relevant, Ausnahme: vertragliche Unverfallbarkeit
- GGF-**Kapital**anrechte nicht im VA? § 2 II Nr. 3 HS 2; [...] Anrechte **im Sinne** des BetrAVG [...]
 - Problem, wenn Gütertrennung oder Switch Rente – Kapital im lfd. Verfahren (§ 27 häufig nicht ausreichend)
 - Idee: GGF-Anrechte **als betriebliche Anrechte** zu behandeln, damit interner oder externer Ausgleich (§ 17) eines Kapitalanrechts möglich; zudem erleichterte Ehezeitanteilsberechnung
- Auswirkungen auf die Ehezeitanteilsberechnung (Betriebseintritt oder Zusagedatum?)
 - Abstellen auf die Pensionszusage und die Art der Berechnung der *unverfallbaren Anwartschaft* bei vorzeitigem Ausscheiden
- Auswirkungen auf die Art der Teilung des Anrechts (**Rente** BGH FamRZ 2020, 1549, Rz. 16 da laut BGH Rente die Bezugsgröße ist, keine § 45'er Berechnung, sondern § 39-41; damit keine Wahlrecht; a.A. i.d.P.)

Unternehmerversorgungsanrechte

- Rückdeckungsversicherung(en) (RDVen) sind **nicht Teilungsgegenstand**
- Aber § 11 I Nr. 1 **Absicherung** des intern zu teilenden Anrechts durch RDV, **anteilig** auszugleichen und zuzuordnen (BGH FamRZ 2020,1549; OLG Stuttgart FamRZ 2017, 835)
 - Probleme der RDV-Teilung wenn Ausgleichspflichtiger älter als Ausgleichsberechtigter, Auszahlung RDV und zeitgleich Fortführung bis Versorgungsfall beim Ausgleichsberechtigten (Unwucht) → GGF doch als BetrAVG-Anrechte!?
- Tenorierung (BGH FamRZ 2022, 945)
- [...] Aus den für das Anrecht des Antragstellers bei der K.-GmbH bestehenden RDVen bei der XXX.-AG mit den Versicherungsnummern ... -001, ... -002 und ... -003 werden die am **31. Juli 2014 vorhanden** **gewesenen Deckungskapitalien** anteilig zu 2,28 %, zuzüglich darauf entfallender Zinsen und Überschussanteile ab dem 1. August 2014, **dem** der Antragsgegnerin übertragenen **Anrecht zugeordnet**. In gleichem Umfang wird das dem Antragsteller durch Vereinbarungen mit der K. GmbH vom 28. Januar 1998 und 19. Juni 2000 eingeräumte **Pfandrecht** an den Ansprüchen aus den vorgenannten RDVen der Antragsgegnerin zur Sicherung ihres Anrechts **zugeordnet**.

Umsetzung - aber wie?

Die GmbH weigert sich nach Eintritt der Rechtskraft der VA-Entscheidung die Umsetzung vorzunehmen

- Umsetzung der Zusage
- Umsetzung der Absicherung

Rechtliche Schritte – Kafkaeskes Fallbeispiel

Abfindung von Unternehmeranrechten: Rückstellung oder versicherungsmathematischer Barwert?

- Kongruent rückgedeckte Zusage: Wert aus der Rückdeckungsversicherung bezogen auf Ausgleichswert
- Nicht kongruent rückgedeckte Zusage: Geringer Wert der RDV oder versicherungsmathematischer Barwert?
- Hinterbliebenenzusage (namentlich) werterhöhend in § 23, 24 einzubeziehen? (AK 6 DFGT 2017 ja: 35-1-2)

Warum Abänderung gem. § 51 ? Warum Korrektur?

- Ausgegliche Anrechte haben sich **nachezeitlich** im auszugleichenden Ehezeitanteil verändert
 - gesetzliche Rentenversicherung: Mütter-Rente (MÜR I und II)
 - Beamtenversorgung:
 - Vorzeitige Pensionierung vs. Verlängerung der Dienstzeit
 - Versorgungsänderungsgesetz 2001: Ab 01.01.2003 71,75 % statt 75 %; Sonderzuwendung statt Sonderzahlung
 - Nachversicherung, falls Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis
- Neuausgleich auf Grundlage des nominalen Ehezeitanteils ohne Dynamisierung der Anrechte (BarWVO)
- Ausgleichsberechtigter verstorben, aber weiterhin Kürzung beim Ausgleichspflichtigen
- Beide Ehegatten verstorben, aber „Ehefrau 2“ (Witwe) lebt noch und bezieht H-Rente/-Pension
- Spezialfall: Beide Ehegatten wollen keinen VA mehr, da z.B. Ehefrau große Erbschaft (Ziel § 51, § 6: kein VA mehr)

Dreistufiges Abänderungsverfahren gem. § 51

1. Stufe Zulässigkeitsprüfung

Allgemeine, individuelle und sachliche Voraussetzungen für eine Abänderung erfüllt? Wartezeiterfüllung ?

2. Stufe Prüfung Vorteilhaftigkeit

Individuelle Vorteilhaftigkeit vs. Gesamteffekt (beachte **Totalrevision!**)

3. Stufe Rückwirkungseffekte gem. § 226 IV FamFG

Können Ansprüche ggü. dem anderen Ehegatten und/oder dem beteiligten Versorgungsträger geltend gemacht werden?

Werden Rückzahlungen vom Versorgungsträger und/oder dem Ex-Ehegatten eingefordert?

Zwei Abänderungsmöglichkeiten

§ 51 I, II und § 51 III

- Der nominale **Ehezeitanteil** eines damals in den VA einbezogenen Anrechts hat sich nachehezeitlich **wesentlich verändert**
 - Abänderung nach **§ 51 I und II** i.V.m. § § 225 II und III FamFG
- **Spezialfall**: Die **Dynamisierung** eines Anrechts im Erstverfahren führt aus heutiger Sicht zu einer nicht hinnehmbaren **Wertverzerrung**, unabhängig davon, ob das Anrecht öffentlich-rechtlich ausgeglichen oder verrechnet wurde
 - § 51 III (beachte § 51 IV → **Sperrklausel**)

Zudem Abänderungsmöglichkeiten gem. § 225 IV FamFG

Eine Abänderung ist auch dann zulässig, wenn durch sie eine für die Versorgung der ausgleichsberechtigten Person maßgebende **Wartezeit** erfüllt wird.

Spezifizierung / Einschränkung durch **BGH XII ZB 54/22 vom 01.06.2022**

- Der Einstieg in eine Abänderung nach § 225 Abs. 4 FamFG ist nur dann eröffnet, wenn durch sie für eine **bereits bestehende Anwartschaft** eine Wartezeit erfüllt wird (Klassisch GRV und § 52 I SGB VI; *Exot*: VBL mit beitragsfreier Anwartschaft und VBL auf Gegenseite)
- Das ist **nicht** der Fall, wenn sich das nach der Abänderung bestehende gesetzliche Anrecht **allein** aus dem Versorgungsausgleich speist.

Konsequenzen einer Abänderung gem. § 51 - Totalrevision

- Alle Anrechte, die **Gegenstand** der Erstentscheidung im VA waren, sind unter Berücksichtigung des § 5 II S. 2 neu zu bewerten und individuell gem. § 9 auszugleichen (intern, extern, Vereinbarung, **Ausgleichsreife**-i.d.R.)
- Blieb ein Anrecht **vollständig** dem schuldrechtlichen Ausgleich gem. § 2 VAHRG a.F. vorbehalten, dann weiterhin schuldrechtlicher Ausgleich; teilweise öffentlich-rechtlich ausgeglichene Anrechte sind allerdings nunmehr vollumfänglich *neu* auszugleichen
- Betriebliche Anrechte mit Kapitalteilung und Leistungsbezug sind nach den *Werteverzehrentscheidungen* des BGH auf den voraussichtlichen Zeitpunkt der Rechtskraft der Abänderungsentscheidung neu zu bewerten
 - BGH FamRZ 2016, 775; FamRZ 2018, 1816; FamRZ 2019, 190
- Falls *Werteverzehr* → Option § 19 II Nr. 5: Schuldrechtlicher Ausgleich

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Anpassung gem. § 37 VersAusglG

- Kappung gem. § 37 II wenn mehr als 36 Monate Rentenbezug (zählt nur der Berechtigte)
- Achtung Rückabwicklung aller § 32´er Anrechte, die der Überlebende erhalten hat (Abwägen!)

Umgehung der Bestimmung des § 37 durch
die Abänderung der Altentscheidung gem. § 51 i.V.m.
§ 31 und die *aktuelle* BGH-Rechtsprechung

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Nach der Rechtsprechung des BGH (FamRZ 2013, 1287; FamRZ 2018, 1238; 1496) sind in Abänderungsverfahren nach § 51 VersAusglG auch die Vorschriften des § 31 VersAusglG (Tod eines Ehegatten) anzuwenden.

Insofern muss das zuständige Gericht zunächst prüfen, ob bei

Gesamtbetrachtung der überlebende Ehegatte insgesamt

ausgleichsberechtigt oder insgesamt ausgleichspflichtig ist, **unterstellt**, der andere Ehegatte wäre noch nicht verstorben (BGH FamRZ 2022, 1177);

Hypothese, **vorausgesetzt**, das Abänderungsverfahren lässt sich eröffnen!

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Aber wie bekommt man denn als überlebender Ehegatten den Fuß in die Abänderungstüre? Wie kann das Abänderungsverfahren eröffnet werden?

Instrumentarium

- § 51 I und II (Ehezeitanteiländerung)
- § 51 III (Dynamisierte Anrechte)
- § 225 IV FamFG (Wartezeit)

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Altentscheidung; Ehezeitende 12.1995

Ehezeitanteile

Ehemann GRV

DM 898,35 mtl.

Ehemann **Firma Graf** * **DM 240,00 mtl.** → dyn. → DM 80,00 mtl.

Ehefrau GRV

DM 215,14 mtl.

Ausgleich (alt)

➤ § 1587 b I BGB a.F.

➤ ER → SIE

DM 341,61 mtl.

➤ § 3 b I Nr. 1 VAHRG a.F.

➤ ER → SIE

DM 40,00 mtl. < 2 %- Grenze = DM 81,20

Kein § 2 VAHRG a.F. laut Urteil

* **Festbetragszusage**

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Ex-Ehefrau Altersrentenbezug GRV mit Regelaltersgrenze 65

Ex-Ehefrau stirbt mit 69 Jahren, 4 Jahre Rentenbezug

Ehemann stellt zur Vermeidung weiterer Kürzungen seiner Versorgung einen Antrag gem. § 37 auf Anpassung wegen Tod der ausgleichsberechtigten Person, Antrag gem. § 38 I beim VersTräg zu stellen

Ehefrau hat mehr als 36 Monate gesetzliche Renten erhalten, erhöht aufgrund des alten Versorgungsausgleichs

- § 37 II hemmt die Anpassung des § 1587 b I BGB a.F.-Ausgleichs, da 36 Monatsfrist überschritten
- Keine Anpassung des ehem. Ausgleichs gem. § 3 b I Nr. 1 VAHRG-Ausgleichs da kein § 32 'er Anrecht (BGH FamRZ 2013, 189)

→ 2 x kein Rückfall ☹

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Einstieg gem. § 51 I und II über

- GRV des überlebenden Ehemanns i.d.R. ☹️
- GRV der verstorbenen Ehefrau; **kinderlose** Ehe ☹️

Einstieg gem. § 51 III über dynamisiertes bAV-Anrecht Ehemann

O.N.d.B. rechnerische Wesentlichkeit erfüllt (Festrentenzusage, damit keine nahezeitliche Dynamik (BGH FamRZ 2015, 1688), kein schuldrechtlicher Versorgungsausgleich); Einstieg 😊

„Normaler“ Gedanke: Wenn Einstieg gem. § 51 III zulässig ist dann hätte dies zur Folge, dass nach BGH kein VA mehr stattfindet, da Ehemann insgesamt ausgleichspflichtig

Aber ...

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Einschränkung des Einstiegs BGH FamRZ 2020, 743

Der Einstieg in die Abänderung mit der Folge *Kein Ausgleich* kann nur über ein Anrecht erfolgen, dass

- eines seiner Anrechte sich nahehezeitlich **vermindert** hat
 - Beachte auch Kürzungsbeträge!
- oder eines der auszugleichenden Anrechte des verstorbenen Ex-Ehegatten sich nahehezeitlich **erhöht** hat

BGH (a.a.O.): Das Endergebnis *Kein Ausgleich* rechtfertigt keinen Einstieg!

Überlegung BGH : Wäre der Antrag vom Ehemann auch gestellt worden, wenn Ehefrau noch leben würde? Wohl nein, daher keine Abänderung (BGH FamRZ 2020,25)

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten

Ehemann versucht Einstieg über § 225 IV FamFG (*Wartezeit*);
Ehefrau bekommt Wartezeiten gem. § 52 I SGB VI angerechnet

BGH Beschl. v. 01.06.2022, XII ZB 54/22, juris

Der Einstieg in eine Abänderung nach § 225 Abs. 4 FamFG ist nur dann eröffnet, wenn durch sie für eine **bereits bestehende Anwartschaft eine Wartezeit erfüllt** wird. Das ist nicht der Fall, wenn sich das nach der Abänderung bestehende gesetzliche Anrecht allein aus dem Versorgungsausgleich speist (so auch OLG Celle FamRZ 2014, 479)

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

Altentscheidung; Ehezeitende 12.1995

Ehezeitanteile

Ehemann GRV

DM 898,35 mtl.

Ehemann **Firma Held** * **DM 626,21 mtl.** → dyn. → DM 182,00 mtl.

Ehefrau GRV

DM 215,14 mtl.

Versorgungsausgleich (alt)

- § 1587 b I BGB a.F. i.H.v. $[DM\ 898,35 - DM\ 215,14] \times \frac{1}{2}$
 - ER → SIE DM 341,61 mtl. (in EP umgerechnet)
 - Ausgleichsbetrag bAV: $DM\ 182,00 \times \frac{1}{2} = DM\ 91,00$

* Endgehaltsbezogene Versorgung

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

Ausgleich (alt)

bAV-Anrecht

- § 3 b I Nr. 1 VAHRG a.F.
 - ER → SIE bis max. 2 %: DM 81,20
- Kein § 3 b I Nr. 2 VAHRG a.F. , keine Beitragszahlung
 - (BGH 1992, 172, 173 Wahlrecht des Berechtigten)
- „Restbetrag“ [DM 91,00 – DM 81,20] = DM 9,80 bleibt gem. § 2 VAHRG a.F. dem schuldrechtlichen vorbehalten

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

Ex-Ehefrau gesetzliche Altersrente ab Erreichen der Regelaltersgrenze 65

Ex-Ehefrau verstirbt mit 71 Jahren

§ 37 – Antrag des Ehemanns scheitert an § 37 II (36 Mte.) bzw. ist nicht zulässig (betriebliche Anrechte: § 51 IV hemmt)



In der Ehe **drei Kinder** vor dem 01.01.1992 geboren

Ehezeitanteil des gesetzlichen Rentenrechts der Ehefrau hat sich aufgrund RRG 1999 und MÜR I und II nachehezeitlich wesentlich erhöht.

Neuberechnung gem. § 5 I und III vorab; Ehezeitanteil (neu) berechnet auf

Grundlage Altauskunft gem. § 43 führt dazu, dass die Wesentlichkeitsgrenzen gem. § 225

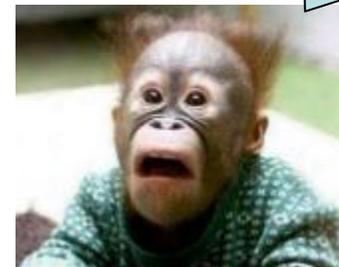
FamFG überschritten werden → Abänderungsantrag wird bei Gericht eingereicht.

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

Im Abänderungsverfahren holt das Gericht zur Sicherheit u.a. eine Neuauskunft gem.

§ 5 I und II bei der DRV für die (verstorbene) Ehefrau ein.

Ergebnis: Resultat, Wesentlichkeitsgrenzen sind **nicht** mehr überschritten



Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

Auffassung der DRV zur erteilenden Neuauskunft

Zum Ehezeitende hat die Ehefrau noch gelebt, also wird die Auskunft vor dem Hintergrund einer **fiktiven** Vollrente wegen Alters errechnet. Zudem entfällt je nach Todeszeitpunkt der Zuschlag wegen MÜR I und/oder II

Siehe in DRV-Neuauskunft: **Anwartschaftlerin nicht Rentenbezieherin**

Exkurs: Korrekte Berechnung des Ehezeitanteils, wenn die Ex-Ehefrau wieder geheiratet hat und der hinterbliebene Ehemann (2) eine Witwerrente von der DRV erhält.

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

Arbeitsanweisung der DRV zu § 39 VersAusglG, siehe

<https://rvrecht.deutsche->

[rentenversicherung.de/SharedDocs/rvRecht/04_GRA_Sonstige/VersAusglG/pp_0026_50/gra_versausgl_p_0039.html](https://rvrecht.deutsche-
rentenversicherung.de/SharedDocs/rvRecht/04_GRA_Sonstige/VersAusglG/pp_0026_50/gra_versausgl_p_0039.html) dort

Ziffer R6.3 am Ende :

*„[Die] Berechnung der fiktiven Vollrente wegen Erreichens der Regelaltersgrenze erfolgt stets unter Anwendung des **im Zeitpunkt der Auskunftserteilung geltenden Rechts**. Für die Wertermittlung von Anrechten **verstorbenen Versicherter** gelten keine Besonderheiten. **Gesetzliche Neuregelungen sind daher zu berücksichtigen, auch wenn sie erst nach dem Tod der versicherten Person eingetreten sind**. So können zum Beispiel im*

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

*Abänderungsverfahren zum Versorgungsausgleich zusätzliche Kindererziehungszeiten zu berücksichtigen sein, wenn die Person, für die die Auskunft zu erteilen ist, vor 1992 geborene Kinder in der Ehe erzogen hat, aber vor dem 30. Juni 2014 verstorben ist und bei Auskunftserteilung aus deren Versicherung **keine** Hinterbliebenenrente gezahlt wird ([§§ 56, 249 SGB VI](#) in der Fassung des RV-Leistungsverbesserungsgesetzes).*

***Ob die verstorbene Person selbst bereits eine Rente bezogen hatte, spielt keine Rolle** (AGVA 2/2015, TOP 11). Entsprechendes gilt für den Zuschlag an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung nach dem **Grundrentengesetz** ab 01.01.2021.*

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

OLG Frankfurt a.M. FamRZ 2022, 1100

Wenn Ehegatte erst nach Rentenbeginn verstirbt, dann ist der Ehezeitanteil gem. § 43 auf **Grundlage Leistungsbezieher/in** und **nicht** als **Anwartschaftler/in** zu berechnen, heißt also mit den pauschalen Zuschlägen für MÜR I und II

Rechtsbeschwerde eingelegt → BGH, XII ZB 202/22 (noch *offen*)

Abänderung gem. § 51 – Tod des Ausgleichsberechtigten Teil II

BGH: § 51 i.V.m. § 31 → BGH XII ZB 318/22 Rz. 10

Daher alle Neuauskünfte so zu erteilen, **wie wenn** beide Ehegatten noch leben würden (Hypothese)

Dann Regelausgleich anschauen und bewerten vor dem Hintergrund,
dass ein Ehegatte bereits verstorben ist (oder beide, siehe später)

Ausgleich dann entweder durch Verrechnung (§ 31) oder

„es findet kein Versorgungsausgleich statt“ (*Jackpot*)

Abänderung gem. § 51 – Tod Ausgleichspflichtiger und Ausgleichsberechtigter

Altentscheidung Ehezeit 01.12.1949 – 30.11.1982

2 Kinder in der Ehezeit geboren

Ehemann geb. 21.10.1920 (Beamter)

Ehefrau geb. 31.01.1923 („Hausfrau und Mutter“)

Altentscheidung ER → SIE

DM 1.742,22 mtl. begründet

1. Abänderungsantrag im Jahr 2008 (!) gem. § 10 a VAHRG a.F.

(Beamtenversorgungsgesetz 71,75 % statt 75 %, KEZ Zeiten RRG 1999)

Abänderung gem. § 51 – Tod Ausgleichspflichtiger und Ausgleichsberechtigter

Abänderungsentscheidung gem. § 10 a VAHRG a.F.

Neuausgleich ER → SIE [DM 3.029,82 – DM 60,22] x ½
= DM 1.484,80 mtl. (< DM 1.742,22 mtl.)

Er heiratet 1983 im Alter von 63 Jahren wieder (Ehefrau 2)

Er stirbt im April 2014 im Alter von 94 Jahren

Tatsächliche Witwe (Ehefrau 2) erhält eine aufgrund des durchgeführten
VA verminderte Hinterbliebenenpension vom Beamtenversorgungsträger

Abänderung gem. § 51 – Tod Ausgleichspflichtiger und Ausgleichsberechtigter

Ex-Ehefrau (Ehefrau 1) stirbt im Januar 2021 im Alter von 98 Jahren

Witwe (Ehefrau 2) kann einen Antrag auf Abänderung gem. § 51 I und II stellen, sie ist antragsberechtigt (gem. § 226 I FamFG)

- Da zwei Kinder in der (ersten) Ehezeit geboren, sind die Wesentlichkeitsgrenzen erfüllt (siehe RRG 1986 (*Babyjahr*), RRG 1999, MÜR I und MÜR II)
- Gericht müsste den VA durchführen, wie wenn beide Ehegatten noch leben würden
- Ehemann muss **zunächst** insgesamt weniger ausgleichen
- Ehemann aber weiterhin **insgesamt** ausgleichspflichtig
- Da Ex-Ehefrau tot nach BGH-Rechtsprechung: Kein Versorgungsausgleich mehr
- Die Entscheidung *Kein VA* wirkt sich zum Vorteil der Ehefrau 2 aus, da nunmehr eine höhere Hinterbliebenenpension gewährt wird (§ 225 V FamFG erfüllt)

Abänderung gem. § 51 – Tod Ausgleichsberechtigter

BGH, Beschl. v. 14.12.2022, XII ZB 318/22, juris

Ist der geschiedene Ehegatte nach Durchführung des VA verstorben, richtet sich das Verfahren auf Abänderung gegen die **Erben**, die als Antragsgegner hinzuzuziehen sind (§ 226 V S. 3 FamFG).

Erben sind notwendige Beteiligte (§ 219 Nr. 4 FamFG) und hinzuzuziehen (§ 7 II Nr. 2 FamFG).

Abwesenheitspfleger, § 1884 BGB?

Das Abänderungsverfahren gem. § 51, § 31 kann auch durch Hinterbliebene

eines ausgleichspflichtigen Ehegatten beantragt werden. (§ 52 I VersAusglG i.V.m. § 226 I FamFG).